

213
Diese Zuweisung könnte aber einmal aufhören. Der Bundesausschuss beauftragt daher die Druckereileitung, das Geschäft auch in dieser Richtung auszubauen und erwartet noch heuer diesbezügliche Erfolge, umsomehr, weil gerade für diesen Zweck anfangs 1928 die Neuanstellung des Beamten Engelbrechtsmüller erfolgt ist. Der Erhöhung der monatlichen Bezüge des Herrn Engelbrechtsmüller um S 50,- steht nichts im Wege, wenn das Privatgeschäft der Druckerei sich wesentlich erhöht.

Die Aufsicht über die Druckerei bleibt weiters in den Händen des Oberverwalters Heindl und stellt dieser die Verbindung zwischen Druckerei und dem Bundesausschuss bzw. der Direktion des Bauernbundes her. Dies ist der Druckereileitung neuerlich mitzuteilen.

Dem Oberverwalter Heindl wird für die Druckereiaufsicht bezw. Revision der Bilanz 1926 und 1927 je 750 S = 300 S
ii. für das Jahr 1928 monatlich 50 S = 600 S
ii. weiters laufend pro Monat 50 S bewilligt. 900 S

Heindl

Heindl

Josef Reithner
Bauernbund

Bündigungsbeschluss

28/8. 1929

Zusätzlich: Jas, Riffes

- 1) Präsident Reithner führt den + Kollegen Abg. Jos. Koller einen warmherzigen Empfang.
- 2) Es wird beschlossen, das Kammerwobmen Handth von Liffenegg in den Landtag aufzunehmen.
- 3) Dem „Agrarverlag“ werden 12.000 S mit 10 % Kuponierung 2.3 monatl. Kündigung pro Verfügung gewährt.
- 4) 28 Kantonen der Hofkammerförderung sind zu fördern,

in der Geschäftsstelle Dr. Schindler auszuwickeln.

Der Vereinbündler erhebt in seiner Kammer eine eigene Forderung für Beratung und Abgleich an der Spitze, mit dem 2. Sekretär Dr. Dörmal am Leiter.

Der Abwehr der Forderungen des Bundes wird

mit großer Freude für Kammer genommen.

Es der Bundesversammlung wird demnach einbezogen, damit sie den Finanzverhältnissen, so den Wirtschaft.

fragen, für finanzielle Maßnahmen genommen werden kann.

Der Vereinbündler hat offiziell die nied. Finanz bei und richtet an die Bundesleitung den Antrag, den Obmann Reithner als Mitglied der Leitung zu beauftragen.

Es für große Vereinbündlerung annehmen und die Generalversammlung findet am 21./9. in der Hofburg statt.

Es für eine Referat eingereicht über die Forderungen, für eine Vereinbündlerung würde Dankend für Kammer genommen, in dem Komitee für Antarktis der konkretes Vorschlag an die Regierung eingereicht.

Geny, Dr. Schindler

Josef Reithner

Der Wille der niederösterreichischen Bauern.

Massenkundgebung in Wien. — Ihre Forderungen an das Parlament. — Die Stellung zur Heimwehr.

29. Sept. 1929
Heute versammelten sich die Delegierten und Abordnungen des N.-Ö. Bauernbundes aus allen Gebieten Niederösterreichs im Sophienaal in Wien, um namens der mehr als 100.000 Mitglieder des Niederösterreichischen Bauernbundes zu den großen politischen und wirtschaftlichen Fragen und den Forderungen der Bauernschaft an die Regierung und das in den nächsten Tagen zusammentretende Parlament Stellung zu nehmen.

Die Kundgebung wurde zu einer eindrucksvollen Demonstration der n.-ö. Bauernschaft, die in aller Würde, aber gleichzeitig mit allem Nachdruck und allem Ernst darauf hinwies, daß es die zwölfte Stunde sei für die restlose Lösung der großen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben des Parlamentes; sie bewies, daß die n.-ö. Bauernschaft und ihre Führung weiß, was sie will und daß hinter diesem Willen auch die entsprechende Entschlossenheit steht.

Bundesobmann Landeshauptmannstellvertreter Reithner.

den beim Betreten des Saales stürmischer Jubel umbrauste, begrüßte unter den Ehrengästen Bundeskanzler Stresemann, die Bundesminister Hödermahr und Gernig, Landesobmann Dr. Buresch, Staatssekretär a. D. Stöckler, Landesrat Dr. Barisch, Landtagspräsident Zudiel und sämtliche agrarischen Mandatäre und Funktionäre des N.-Ö. Bauernbundes.

Präsident Reithner betonte, daß die Bauernschaft heute der ganzen Öffentlichkeit ihre Not aufzeigen will, gleichzeitig aber auch ihren Willen, nicht mehr länger zuzuwarten, sondern selbst an die Lösung dieser Fragen zu gehen. Die Bauernschaft will nicht demonstrieren, sie will nicht aufmarschieren, sondern sie will vor allem mit allem Ernst dem in den nächsten Tagen zusammentretenden Parlament ihre letzten Wünsche und Forderungen bekanntgeben. Die Situation ist äußerst kritisch, sie hat ihren Höhepunkt erreicht.

Wie erwarten vom Parlament sofortige Maßnahmen. Sollten unsere Forderungen, die unsere dringendsten Lebensbedürfnisse betreffen, nicht erfüllt werden, dann werden wir wissen, was wir weiter zu tun haben, dann werden wir auch wissen, welche Schritte wir weiter zu gehen haben.

Bundeskanzler Stresemann hat ein großes Wirtschaftsprogramm ausgearbeitet, um der Bauernschaft

und unserer gesamten Bevölkerung eine wirtschaftliche Plattform zu bieten, auf der sie leben kann. Wir erklären heute hier mit aller Feierlichkeit, daß wir mit allem Nachdruck und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln dafür sorgen werden, daß Streeruwitz dieses sein Wirtschaftsprogramm wird durchführen können.

Wir sind nicht gewillt, anzusehen, daß man unserem Kanzler Streeruwitz, der bereits in der kurzen Zeit seiner Amtszeit gezeigt hat, daß er voll und ganz ländlich- und bauernfreundlich eingestellt ist, die praktische Arbeit unmöglich macht.

Als ihr Dolmetsch glaube ich hier feststellen zu können, daß wir stolz genug sind, dafür zu sorgen, daß unsere wirtschaftlichen Forderungen durchgeführt werden.

Unsere heutige Kundgebung soll aber nicht nur der Tatsache unserer Verzweiflung und verzweifelten Bauernschaft sein, sondern sie ist gleichzeitig das einmütige ernste Bekenntnis der Bauernschaft Niederösterreichs, daß sie dem niederösterreichischen Heimwehrverband die Bruderhand reiche zur gemeinsamen Arbeit, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. In diesem Sinne begrüße ich auch unseren Landesführer Ing. Raab. (Begeisterter Zustimmung.)

Sämtliche Anwesende erhoben sich nun von den Sitzen, um stehend mit großer Begeisterung die Bauernhymne „Ich bin ein deutscher Bauer...“ zu singen.

Bundestkanzler Streeruwitz

ergriff nunmehr das Wort zu einer Ansprache, in der er seiner persönlichen Verbundenheit mit den niederösterreichischen Bauern und seiner Wertschätzung für die landwirtschaftliche Arbeit Ausdruck verlieh. Er kam im Laufe seiner Ausführungen auf die Förderungsmaßnahmen der Regierung für die Landwirtschaft zu sprechen und verwies darauf, daß hinsichtlich der Viehzucht und ihres heimischen Absatzes einige Maßnahmen erfolgt sind, deren Erfolg schon bemerkbar ist und in Zukunft noch stärker in Erscheinung treten wird.

Westen hat — fuhr der Kanzler fort — ein parlamentarischer Ausschuss vorläufig eine besondere Ausschüsse für den notleidenden Getreidebau zum Beschluß erhoben. Wirksame Vorkehrungen zur dauernden Sanierung dieses Zweiges der Landwirtschaft stehen in ununterbrochener dringlicher Verhandlung. Für den notleidenden Weinbau konnten wir einige Vorteile durchsetzen, für welche uns der Dank der zuständigen Körperschaften ausgesprochen wurde. Die Bemühungen auf diesem Gebiete werden in der intensivsten Weise fortgesetzt.

Von grundlegender Bedeutung wird bei Vorfahrung der Gesamtlage die steuerliche Entlastung der Landwirtschaft sein. Die Sicherung von Reichgeld zu ertäglichen Zinsen ist eine Lebensnotwendigkeit. Als Leiter der Bundeshypothekendarlehenanstalt konnte ich die schwere Last der Landwirtschaft genau kennenlernen und ich habe auch in meiner gegenwärtigen Stellung nicht aufgehört, mich um diese Fragen zu bekümmern. Eine wesentliche Erleichterung wird eintreten können, wenn wir zu angemessenen Bedingungen eine Anleihe zu tätigen vermögen. An der Wegräumung begünstigter Sondernormen zu können, war mir anlässlich meiner Teilnahme an der Völkerversammlung in Genf ermöglicht und ich habe dort für Österreichs Kredit und Ansehen im Ausland gekämpft.

In den weiteren Erklärungen des Kanzlers heißt es u. a.: „Was ich in der Schweiz gesehen habe, befestigt erst recht meine Meinung, daß notwendig ist, was im Interesse und zur Erhebung des Bauernstandes geschieht und daß es auch möglich ist, ohne die Rechte anderer zu verletzen.“

Aber ein Ding ist nötig und fördert mächtig alle wirtschaftlichen Bestrebungen. Ordnung und Friede im Lande, eines so wichtig wie das andere. Wenn aber Anstandslosigkeit im Volke entsteht, weil die im Reiche des Zusammenbruchs geschaffenen staatsbürgerlichen Einrichtungen nicht mehr entsprechen, dann muß, ohne darüber auch nur einen Augenblick die Wirtschaftstätigkeit für Land und Volk zu hemmen, auch an diese Reformen herangegangen werden. Sie sind nicht nur Inhalt des politischen Kampfes einzelner Menschen und Gruppen, sondern sie kommen aus der Tiefe des Volkswillens, den zu übersehen oder zurückzustoßen zu wollen, gerade sehr weniger Recht und Gerechtigkeit ist, als je zuvor. Das Amt der Verantwortlichen ist es, ihn in Bahnen zu lenken, die das notwendige in Rahmen von Recht, Gesetz und Ordnung zu schaffen erlauben.

Die Regierung beschäftigt sich in erster und dringender Weise mit den Fragen der

Verfassungsreform

und sie wird schon kommende Woche mit begünstigten Vorschlägen und Entwürfen auf dem hiesigen parlamentarischen Boden hervortreten. Auch in Kreisen, welche wirtschaftliche Maßnahmen in die vorberatete Reihe stellen, setzt sich die Meinung durch, daß die Ordnung unseres bürgerlichen Lebens auf Grund einer den Verhältnissen von heute angepassten Verfassung auch mit den zu den Voraussetzungen einer geordneten wirtschaftlichen Entwicklung gehört und demgemäß in unserer Arbeit als solche zu werten und zu sehen ist. In diesem Werk brauchen wir und werden immer noch uns daran arbeiten, daß die Hilfe und Unterstützung der Bauernschaft, ohne die nichts von Bedeutung geschehen kann in diesem Lande. Der Bauernschaft, welche treu ist ihrer Scholle und

ihrer Denkart, welche abwehrbereit ist gegen jeden unrechtmäßigen Angriff, aber auch abgeneigt allen Abenteuerern. (Stürmischer Beifall.)

„Die Bauernschaft steht hinter Bundeskanzler Streeruwitz.“

Nach der Rede des Bundeskanzlers versicherte Präsident Reithner, daß die Bauernschaft voll und ganz hinter Streeruwitz stehe und ihn gegen alle Versuche, ihn zu stürzen, halten werde, damit er sein Wirtschaftsprogramm durchführen könne. Streeruwitz habe sich schon in seiner früheren Stellung um die Bauernschaft hohe Verdienste gemacht, er genieße ihr vollstes Vertrauen.

Landwirtschaftsminister Födermair gab eine Darstellung der verschiedenen Förderungsmaßnahmen, der förmliche Zustimmung wurde. Bundesminister Dr. Giermak widmete einige Worte der Begrüßung der Versammlung und Landeshaupmann Dr. Burtsch hielt eine Ansprache, in der er mit besonderer Freude die Vertreter der niederösterreichischen Heimwehr begrüßte. Ich bin überzeugt — führte der Redner aus — daß durch Fleiß und beharrliches Zusammenwirken die Ziele, die uns vorstehen, ohne Erschütterung des Staates werden erreicht werden und der Wille des Volkes zum Durchbruch kommt. Der ehemalige Minister Buchinger unterrichtete die Versammlung über die Pläne zur Behebung der Abgabekrise, Landesrat Doktor Barisch erstattete einen ausführlichen Bericht über die Maßnahmen zur Milderung der Weinabgabekrise und skizzierte unter großem Beifall die Forderungen der Weinbauer an die Regierung. Er gab im weiteren bekannt, daß er als Landeskulturreferent ein Gesetz ausgearbeitet habe, um die ungeheure Steuerbelastung des Weinbaues, die auf dem Katastraler Einnahmestück basiert, auf die Hälfte herabzusetzen.

Bundesobmann Kammerpräsident Reithner hielt ein umfassendes Referat über

die wirtschaftlichen und politischen Forderungen

der österreichischen Bauernschaft an das in den nächsten Tagen zusammentretende Parlament, in dem er u. a. ausführte:

Die Bauernschaft hat der Regierung ihre Forderungen überreicht. Wir brauchen vor allem eine sofortige und ausgiebige Notstands Hilfe, die noch besser wirksam wird. Zweitens verlangen wir eine bedeutende Erhöhung unserer Getreidebeihilfe und deren Einbau in die Handelsverträge. Sollten diese Maßnahmen nicht durchführbar sein, dann verlangen auch wir die Einführung eines Getreidemonopols, aber nicht im Sinne Dr. Bauers und nicht im Sinne einer Zwangswirtschaft. Sollte es uns nicht möglich sein, diese Forderungen durchzusetzen, dann werden wir zu anderen energischeren Mitteln greifen müssen.

Uebergend auf die politischen Forderungen der Bauernschaft, betonte Präsident Reithner, daß der niederösterreichische Bauernbund mit allem Nachdruck sich der Forderung nach einer durchgreifenden Verfassungsreform anschließt. Die gegenwärtige Verfassung Österreichs ist widersinnig, weil sie aus Zeiten des Umsturzes geboren und durch Kompromisse geworden ist. Die Verfassung muß wieder den natürlichen Verhältnissen unseres Staates angepaßt werden. Hand in Hand damit muß eine durchgreifende Abänderung des Wahlrechtes gehen, ferner eine entsprechende Reform des Wahlgesezes und des Justizwesens. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir auch die Wiedereinführung der Todesstrafe für notwendig halten.

Bauernbund und Heimwehr.

Präsident Reithner kam Johann auf den Beitritt des niederösterreichischen Bauernbundes zu der Heimwehr zu sprechen und führte in dieser Hinsicht aus: Wir wollen mit der niederösterreichischen Heimwehr gemeinsam Hand in Hand für Ordnung und Sicherheit in diesem Staat einstehen. Wir wollen aber gleichzeitig ebenfalls mit der Heimwehr Hand in Hand dafür sorgen, daß die natürlichen politischen Verhältnisse in Österreich wieder hergestellt werden und alles, was widersinnig in den Umsturzzeiten entstand und uns belastet, abgeschafft wird. Wir scheuen uns nicht, es offen und ehrlich zu bekennen, daß wir bei der Heimwehr sind, aber wir sagen es ebenso offen und ehrlich, daß wir in der Heimwehr für Recht, Gesetz und Ordnung auf dem Boden des Parlamentes kämpfen werden.

Wir stehen festlich auf dem Standpunkte, daß der Parlamentarismus nur solange gestiftet werden kann, als er auf wirklich demokratischer Grundlage arbeitet und wirkt. Sollte uns diese praktische Arbeit verhinbert werden, dann werden wir uns auch nicht scheuen, mit anderen Mitteln und eventuell mit Gewalt unsere Forderungen zu vertreten.

Wir kündigen keinen Bürgerkrieg an, aber wir verlangen ernste Arbeit. Wir hoffen und erwarten vom Kanzler Streeruwitz, zu dem wir volles Vertrauen haben, daß es ihm gelingen wird, unsere politischen und wirtschaftlichen Forderungen im Parlament zum Ziele zu führen. Wir stehen in geschlossener Front hinter ihm.

Der Landesführer der niederösterreichischen Heimwehr.

Nationalrat Raab wurde, als er die Rednertribüne betrat, mit stürmischem Jubel begrüßt. Erst nach einigen Minuten konnte er sich Gehör für seine Rede schaffen, die immer wieder von begeisterter Zustimmung unterbrochen wurde. Besonders Beifall erweckte folgende Erklärung des geehrten Heimwehrführers:

Wir wollen mit der Heimwehr keinen Bürgerkrieg führen. Wir sind uns unserer Verantwortung voll und ganz bewußt. Der Beitritt des Niederösterreichischen Bauernbundes gibt uns die Gewähr, daß die niederösterreichische Heimwehr ruhig und gelassen ihre große Aufgabe erfüllen und ihr Ziel, den Terror der Sozialdemokraten in Oesterreich auszumergen, erreichen wird. Ich gelte Niederösterreichs Bauern als Kämpfer in der Heimwehr. Ihr Eintritt wird unsere Ziele nicht ändern, denn sie sind die gleichen wie die Ihren: die Heimat zu schützen vor jedem zerstörenden Element! In diesem Sinne wollen wir die niederösterreichische Heimwehr ausgestalten als Schutz und Schirm für ein freies, christliches und gesundes Niederösterreich.

Der Ödmanntstellvertreter des Niederösterreichischen Bauernbundes Nationalrat Manhaltler legte den Beschluß des Bauernbundsaußschusses, der niederösterreichischen Heimwehr korporativ beizutreten, zur Genehmigung vor. Der Beschluß wurde mit stürmischem Jubel und unter minutenlangem Beifall einstimmig angenommen.

Nachdem namens der vom Landbund zum Bauernbund übergetretenen landbändlerischen Vertrauensmänner des Bezirkes Zwettl, Vertrauensmann Lipp, ein treues Bekenntnis zum Bauernbund abgab und darauf vermahnte, daß bald zahlreiche weitere Uebertritte folgen werden, brachte der Bauernbunddirektor Regierungsrat Sturm die nachfolgende

Entschließung

zur Verlesung, die einstimmig angenommen wurde:

Ein unheiliger Geist hat sich unserem Aufbauwillen entgegengestellt und ein böses Herkürsungsweil begonnen. Wir klagen die Führung der österreichischen Sozialdemokratie an. Sie hat in Verleumdung der großen Volksnotwendigkeiten und der österreichischen Eigenart das Parlament lange Zeit durch einseitigen Klassenkampf zur Unfruchtbarkeit herabgerückt und die gesunde wirtschaftliche Arbeit gestört. Auch der Bauernstand ist dadurch heute in ärgste Bedrängnis geraten.

Wenn berechtigende Sorgen um Freiheit und Eigentum, wenn die unnötigen häufigen Aufmärsche des Republikanischen Schutzbundes, wenn die traurigen Vorgänge jenes unheilvollen Julitages die Heimwehren erschrecken ließen, so ist es unsere Pflicht, daß wir uns ihnen anschließen, um jenem Ungeist wirksam begegnen zu

können, der nicht nur die Rahmlegung des Parlamentes probierte, dem unsere demokratische Republik eingetandenermaßen nur das Sperrbrett zur sozialistischen Diktatur ist. Im vollen Vertrauen zur Schlagkraft unserer bewährten, legalen Sicherheitsstruppen werden wir

Hand in Hand mit der Heimwehr

mit allen erlaubten Mitteln den Reinigungsprozeß führen helfen, um dem idealen Zwecke des Heimatsehnsgebankens zum Durchbruch zu verhelfen, dem bodenkündigen Arbeiter in unsere gemeinsame wirtschaftliche Kampfront zum beiderseitigen sozialen Aufstieg zu bringen. Zum bermaligen Landesführer Raab haben wir uneingeschränktes Vertrauen.

Wir fordern, daß

das freigeordnete Parlament

der Boden bleibe, auf dem in wahrhaft demokratischem Sinne durch pflichtbewusste Männer ganze Arbeit für Wirtschaft und Kultur geleistet werde. Entsprechende Verfassungsreformen haben raschstens Vorrang zu treffen, daß die Grundlage für eine geordnete Tätigkeit gegeben erscheint. Eine Veränderung des Wahlrechtes und eine Reform der Vertretungskörper ist zu erstreben, daß eine stärkere Einflußnahme unserer ländlichen Vertretungen in der öffentlichen Verwaltung gesichert wird. Eine Reform des Preßgesetzes, sowie der Schwurgerichte ist gleichzeitig in Angriff zu nehmen.

Da die österreichische Landwirtschaft der einzige Produktionszweig

ohne genügenden Schutz

ist, muß eine entsprechende Regelung der Einfuhr, besonders bei Getreide, Mehl, Vieh und Wein getroffen werden. Der katastrophale Notstand im Getreidebau erfordert außerdem eine rasche und sofortige Abhilfe. Hand in Hand mit diesem Produktionschutz muß auch eine gerechtere Verteilung der Lasten erfolgen, die wir zum Beispiel vom Abgabenteilungsgefeß zugunsten der Länder, Bezirke und Gemeinden und von der Einführung der Vermögenssteuer zum Zwecke der Einkommenshaltung erwarten.

Die Empörung im Bauernstande ist groß.

Die Beunruhigung großer Schichten ist heftigstend weit vorgeschritten. Es ist wahrlich Zeit, daß sich pflichtbewusste und besonnene Männer endlich zur Tat finden. Die Regierung Stresemann trägt unser Vertrauen. Sie steht unter Führung eines hervorragenden Mannes der Wirtschaft, der Wege finden wird, denen das Parlament folgen kann und daher folgen muß. Das freie Spiel darf keine Fortsetzung finden, daß unser fleißiges und braves Volk den Glauben und das Vertrauen zur demokratischen Volksoberleitung verliere. Unseren gleich bedrängten Bürgern und Arbeitern reichen wir die Bruderhand. Schalten wir den fremden Geist, der uns entzweit will, aus! In der Liebe zum gemeinsamen Vaterland, das in allerhöchster, wirtschaftlicher und seelischer Not ist, können und müssen wir uns finden. Es geht heute wahrlich um den Bestand unseres Vaterlandes, um unsere Selbstständigkeit, um unsere Kultur, um unsere Familien.

Der 28. Landtagsversammlungstag vom 1. Okt. 1929.

Der folgende Beschluß einstimmig gefaßt:

„Der Landtagsversammlung ist die Produktion der Landtagsversammlung. In Abwesenheit der Landtagsversammlung haben sich die Mitglieder der Landtagsversammlung nicht zu versammeln. Sollte ein Mandat mit diesem Beschluß in Widerspruch stehen, so ist es ehrenvollst zurückzugeben, sein Mandat der Landtagsversammlung zur Verfügung zu stellen.“

(Dieser für die Zukunft bedeutungsvolle Beschluß soll in die gleiche in Zukunft sein! Stimmt)

Ausführungsvertrag vom 2. Dezemb. 29

Zustelligkeit: Einfinger, fass, fenther.

1) Die Stimmzahl der Gesellschaft der Einfinger, fass, fenther, ist.

2) Finanzielle Lage der Einfinger, fass, fenther, ist, obwohl die finanzielle Lage der Einfinger, fass, fenther, ist.

3) Die Einfinger, fass, fenther, ist, obwohl die finanzielle Lage der Einfinger, fass, fenther, ist.

4) Die Einfinger, fass, fenther, ist, obwohl die finanzielle Lage der Einfinger, fass, fenther, ist.

5) Die Einfinger, fass, fenther, ist, obwohl die finanzielle Lage der Einfinger, fass, fenther, ist.

6) Die Einfinger, fass, fenther, ist, obwohl die finanzielle Lage der Einfinger, fass, fenther, ist.

7) Die Einfinger, fass, fenther, ist, obwohl die finanzielle Lage der Einfinger, fass, fenther, ist.

8) Die Einfinger, fass, fenther, ist, obwohl die finanzielle Lage der Einfinger, fass, fenther, ist.

2.) Präsident Reithen beauftragt ich
die Wirtschaftslage d. kelt. brennende
Forderungen auf Vorlaumd. für antraghaft
Vorgabe der Wirtschaftslage vorfindet
natürlich.

Komm, Gruppierung Josef Reithen
Obmann

Antwortschrift an 7. / I. 1930.

Gruppierung: Adhäsion.

Ideen d. kelt. Volkstüm sind eine Freude
von 550 bewilligt.

2) Der Ankauf der Beteiligung an dem Betrieb
der "Kelt. Gruppe" kann nicht getätigt werden. Die
gemeinsame Vorüberlegung erfolgt in dem, welche in. Kelt.

3) Die Befürderung der von dem kelt. Volkstüm
werden dem kelt. Volkstüm Abgeordneten zur Befürderung
Hewer.

4) Eine eingeseute Debatte, die Obmann Reithen einleitet,
entgegen sich die kommenden Wirtschaftl. Forderungen.

Komm, Gruppierung.

Josef Reithen
Obmann

Unser 29. Landesbauernratstag

zur Heim- wehrfrage und zur

Agrarfrage.

18 / I. 1930

1/

Am 18. d. fand unter dem Vorsitz des Bundesobmannes Reither und der Obmannstellvertreter Schramm, Manhaltner und Bichler die 29. Tagung des niederösterreichischen Landesbauernrates statt, dem außer den freigewählten 70 Landesbauernräten Niederösterreichs auch Landeshauptmann Dr. Buresch, Bundeskanzler a. D. Streeruwitz, Landtagspräsident Zuckel, Minister a. D. Buchinger, der Landesführer der niederösterreichischen Heimwehr Ing. Raab und sämtliche bäuerlichen Mandatäre Niederösterreichs beizuhöhen.

Bauernbund und Heimwehr.

Bundesobmann Landesbauernstellvertreter Reither erstattete einleitend ein einstündiges Referat über die letzten Ereignisse in der Heimwehr. Er gab eine Schilderung der Beweggründe des niederösterreichischen Bauernbundes für den freiwilligen korporativen Beitritt zur niederösterreichischen Heimwehr und schilderte die seitherige Entwicklung der Bewegung, wobei er insbesondere deren große Erfolge um das Zustandekommen des großen Verfassungswerkes mit allem Nachdruck hervorhob. Mit demselben Nachdruck verwahrte er sich aber gegen alle Zersplitterungsbestrebungen aus einseitigen, egoistischen oder parteipolitischen Gründen und verwies darauf, daß die niederösterreichische Bauernschaft an solchen Vertrieben gewisser Kreise, die Heimwehr zum Instrument einer persönlichen Abenteuerpolitik zu machen, nicht achtlos vorübergehen werde.

Die niederösterreichische Bauernschaft stehe nach wie vor einmütig hinter der niederösterreichischen Heimwehr und werde allen Versuchen von außen her, in die Reihen derselben Uneinigkeit zu tragen, entgegenstehende Parole bieten.

In vollster Einigkeit nach außen und nach innen, werde die niederösterreichische Heimwehr unter einer Führung, die das Vertrauen der Bauernschaft trägt, ihre großen nächsten Aufgaben, die vor allem auf wirtschaftlichen Gebieten liegen, als starker und unerschütterlicher Gegenpart der Sozialdemokratie erfüllen. In diesem Sinne steht die Bauernschaft geschlossen hinter dem Landesführer der niederösterreichischen Heimwehr Abgeord-

neten Ing. Raab, der der Vertrauensmann des niederösterreichischen Bauernbundes ist und bleiben wird. Unter großem Beifall sämtlicher Anwesenden wandte sich Reither hierauf mit aller Schärfe gegen die Setze gewisser Heimwehrkreise gegen Landeshauptmann Dr. Buresch und betonte, daß die Bauernschaft weiß, was sie ihrem Führer Buresch gerade in den letzten, ungemein schwierigen Tagen und Wochen zu danken hatte. Der Bundesobmann gab hierauf ein Bild über die wirtschaftlichen Maßnahmen des Bauernbundes und über die Aktionen, die schon in allernächster Zeit diesbezüglich eingeleitet werden.

Bauernbundsleiter Regierungsrat Sturm schlug nunmehr nach einer eingehenden Begründung die nachstehende Entschließung vor, die unter begeistertem Beifall angenommen wurde:

Bauern Niederösterreichs.

Der Landesbauernratstag vom 18. d., das sind eure freigewählten 70 Bezirksbauernratsobmänner im Verein mit den bauernbündlerischen Abgeordneten des Nationalrates, Bundesrates und Landtages, hat nach eingehender Aussprache folgenden Aufruf an euch beschlossen:

Mehr als je ist heute unser engster Zusammenhang und strenge Disziplin unter uns geboten. Ohne diese Grundpfeiler eines jeden Erfolges können wir die schwere Zeit nicht meistern. Niemand aber kommt über uns hinweg, wenn wir wie eine Mauer zusammenstehen. Die Not ist groß, nicht nur in unseren Ländern, nicht nur in unserem Stande. Unsere Landwirtschaft leidet hauptsächlich aus zwei Gründen, daß einmal in gewissen Kreisen kein Verständnis für den landwirtschaftlichen Produktionszweig vorhanden ist und zweitens, daß die Konsumkraft der Bevölkerung stark gesunken ist. Es bedarf darum des guten Willens und der höchsten Anstrengung aller Kreise, wenn Österreich seine Wirtschaft so retten können. Wir Bauernbündler werden deshalb nicht eine einseitige Bauern- und Klassenpolitik verfolgen, sondern Bauernpolitik im Rahmen und eingebettet in die gesamte Volkswirtschaft.

Aus diesem Grunde haben wir uns auch der niederösterreichischen Heimwehrbewegung angeschlossen, um mit allen gutgeleiteten und einsichtsvollen Österreicher-

nen unfeindlichen Marschengeist zu bekämpfen, der unserem Lande widerwillig aufgepfropft worden ist und durch Terror und rücksichtslosen Klassenkampf und Mißverfehen der in einer Zeit erlaubten Forderungen, so viel Unheil über uns gebracht hat. Wir haben mit größter Genugtuung den großen Fortschritt in der niederösterreichischen Heimwehrbewegung verfolgt und bedauern um so mehr, daß heute aus teils selbsthätigen, teils kurzschäftigen und kleintlichen Beweggründen oder von Leuten, die nach ihrer Tradition absolut keine Bauernfreunde sind, in äußerst unklarer Weise die Heimwehreinkreisfront gefährdet wird. Es wirkt niederschmetternd, wenn man täglich in den sozialistischen Zeitungen das Gohngelächter über Zwistigkeiten in der Heimwehr vernahmen muß.

Wir Bauernbündler Niederösterreichs haben selbsterst die von uns bereits eingeleitete Aktion des Fortschritts, der selbstständigen Bauernwehren zurückgestellt, um der großen einigenden Idee des Heimwehgebändes zu dienen. Freilich müssen wir auch die Heimwehr auf ihre hohen ursprünglichen Ziele verwiesen, das ist Garantie für Ruhe und Ordnung, Schutz vor Terror, Sicherung wahrer Meinungsfreiheit, Unterstützung der legalen Sicherheitsorgane und Einigung aller Nichtmarschisten.

Es ließe sich wohlpolitisch betreiben, wenn und insofern die Heimwehr von diesem Ziele abweicht.

Der Heimwehrführer Raab,

der in jedem Berufe steht, demokratisch denkt und wahrhaft während des Weltkrieges, Bestes als Soldat in der vordersten Linie geleistet hat, genießt unser uneingeschränktes Vertrauen, weil er Richtung und Linie des großen, gesunden Heimwehgebändes repräsentiert. So lange er steht, haben wir die Gewißheit, daß die Bewegung gut geleitet ist und wir als Bauernbündler ihr dienen können. Wir hoffen zuversichtlich, daß die Einsicht obliegt, daß wir nie zu einem Vorgehen gedrängt werden, das auf andere Art die Ehre und die Interessen der niederösterreichischen Bauernschaft schädert.

An die Resolution schloß sich eine vielstündige

Aussprache,

in der neben aktuellen politischen auch die großen wirtschaftlichen Forderungen der Bauernschaft Niederösterreichs erörtert wurden.

Landeshauptmann Dr. Buresch begrüßte den Landesbauernrat als die oberste Exekutive für sämtliche bäuerlichen Mandatäre Niederösterreichs, dessen Entscheidung richtunggebend und bestimmend für die Stellungnahme des Bauernbundes und seiner Mandatäre zu allen wirtschaftlichen und politischen Fragen sei. Er schilderte die Schwierigkeiten, die sich der Reform der Verfassung und der Lösung der großen Wirtschaftsfragen entgegenstellten, die nur dank der unerschütterlichen Front der niederösterreichischen Bauernschaft überwunden werden konnten.

Bundeskanzler a. D. Streeruwitz verwahrte sich gleichfalls gegen die Zersplitterungsbestrebungen und skizzierte die nächsten großen Aufgaben in der schärfsten Abwehr der Bestrebungen der Sozialdemokratie, in der Stärkung der eigenen Selbstschutzborgansifikationen als wichtigsten Schutz der staatlichen Autorität unter der Führung der bodenständigen Bauern selbst, die durch unser Vertrauen auf diesen Vollen gestellt wurden.

Landesführer M. Raab bezeichnet die Resolution als eines der erfreulichsten Ergebnisse, die er bisher auf dem Gebiete der Heimwehr mitgemacht habe. Es handelt sich hierbei, sagte er, nicht um meine Person, sondern um die Sache. Ich bin überzeugt, daß jeder von uns in der Leitung der Heimwehr den gleichen Weg gehen würde wie ich. Unsere Aufgabe muß es sein, dem ganzen Volke und besonders dem Arbeiter dort einen Schutz zu gewähren, wo er vom roten Terror bedrückt wird.

Die erste Heimwehrbewegung Österreichs war die niederösterreichische Bauernschaft, als sie am 1. März und Paulstag 1919 der bolschewistischen Welle Doll gebot.

Es ist bezeichnend, daß heute viele am meisten schreien, die damals selbst dem roten Lager noch ziemlich nahe standen. Wir lehnen diese Agitation restlos ab, wir stehen geschlossen hinter den legalen Gewalten, die den Schutz der Staatsautorität und des Bürgerrechts in Österreich verbürgen. Wer andere Rodee verfolgt, wie diese, der gehört nicht in die Heimwehr. (Begeisterter Beifall.)

In der weiteren Debatte sprachen Abg. Manhaltner, der ein instruktives Bild der Situation auf dem Viehmarkt gab, der Landtagsabgeordnete Kraus, Landesbauernrat Karl List, der namens der Bauernschaft dem Bundesobmann Reither, sämtlichen bauernbündlerischen Mandatären den Dank sprach und die Landesbauernräte Maller, Bailer, Schrammel, Böglner, Dr. Unger, Fahrenberger, Schrollbauer, Ehrenböck, Kranzler und Seidenhammer.

Die wirtschaftlichen Forderungen.

Das Ergebnis der zahlreichen wertvollen Anregungen und Ausführungen in den Referaten und in der Debatte über die wirtschaftliche Lage wurden in folgender Einschätzung zusammengefasst:

Durch die große Preis- und Absatzkrise in den wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionszweigen ist die gesamte Landwirtschaft in schwerster wirtschaftlicher Not geraten. In erster Sorge und mit voller Verantwortung müssen wir an der wirtschaftlichen Sicherung und Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Produktion fortarbeiten.

Vor allem gilt es den Getreidebau

Getreidebau

zu erhalten. Soll nicht auch die heutige Ernte gefährdet sein, dann müssen wir verlangen, daß vom Landwirtschaftsministerium endlich unverzüglich und energisch die als notwendig befundenen Maßnahmen durchgeführt werden. Der Landesbauernrat steht auf dem Standpunkte, daß die notwendigen handelspolitischen Maßnahmen eine Notstandsmaßnahme zur Behebung der jetzigen schweren Agrarkrise sein müssen und daher sofort für sich allein durchzuführen sind. Sollten ihre Auswirkungen der Ernte im heutigen Jahre nicht mehr zugute kommen, müßten unbedingt andere den Preis und die Einfuhr regelnde Maßnahmen geschaffen werden. Zur Vinderung der

momentanen Not wird von der Regierung die eheste Flüssigmachung der versprochenen zweiten Rats der Anbauprümien und vom Landwirtschaftsministerium die unverzügliche Bereitstellung der Mittel zur Durchführung der Frühjahrssaatgatalation in den verhegelen Gebieten gefordert.

Nicht minder als der Getreidebau ist

unsere Kartoffelproduktion

gefährdet. Die Unterbindung des Exportes und die Auslandskonturrenz verlangen dringendst auch für diesen bisher ungeschützten Produktionszweig den notwendigen Zollschutz. Verlangen müssen wir aber auch, daß der Verwertung der Kartoffel durch die Erhöhung des Spirituskontingentes für die landwirtschaftlichen Brennereien größere Möglichkeiten gegeben werden.

Zur Bannung der drohenden

Misakrise bei Milch- und Mollereiprodukten

haben wir zeitgerecht die Einführung der Einfuhrsperre für Milch- und Mollereiprodukte verlangt, um insbesondere den Export der Mollereiprodukte zu erweitern. Die Einbringung des bezüglichen Gesetzes von seiten des Landwirtschaftsministeriums ist ein Gebot der zwölften Stunde.

Zur Sicherung und Weiterentwicklung der

Schweineproduktion

stellen wir die Forderung, daß das Einfuhrkontingent an Schweinen gegenüber Polen aufrecht bleibt und der Zoll für Schweine und die Gewichtsgrenze für Festschweine erhöht wird. Im Interesse unserer gesamten heimischen Viehwirtschaft müssen die Veterinärmaßnahmen strengstens gehandhabt werden. Wegen die unbillbaren Ansprüche am Wiener Kontumazmarkt erhebt der Landesbauernrat scharfen Protest. Es dürfen auf keinen Fall aus den verhegelen Gebieten des Auslandes mehr Tiere hereingelassen werden als dieser Markt fah. Um die Verschleppung der Seuchen zu vermeiden, muß der Kontumazmarkt auf einen sonst marktfreien Tag verlegt werden.

Zur Besserung der Lage des Weinbaues

verlangt der Landesbauernrat vor allem den notwendigen Schutz des österreichischen Weines gegen die übermäßig große Auslandskonturrenz. Die Revision der Zölle und Handelsverträge und insbesondere eine entsprechende Gliederung der Zollsätze nach dem Alkoholgehalt der eingeführten Weine erscheint unerlässlich. Bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen muß unbedingt darauf Rücksicht genommen werden, daß die Ausfuhr österreichischer Weine möglich reich. Für die Erhöhung des Schutzes der Weineinheit erscheint die von den Weinbauorganisationen vorgeschlagene lückenlose Mengentkontrolle als ein geeignetes Mittel. Für die Erneuerung der Weingärten müssen die von der Bundesregierung bewilligten Mittel auch in Zukunft im notwendigen Ausmaß gegeben werden. Auch

für den Obst- und Gemüsebau

und speziell Frühgemüsebau dürfen die handelspolitischen Maßnahmen nicht mehr außer acht gelassen werden, damit auch diese für viele Familien die Lebensgrundlage bildenden Wirtschaftszweige gegenüber der übergroßen Konturrenz des Auslandes Schutz haben.

Den aus Absatzkrise und Preisrückgang bedingten niedrigen Einnahmen des Landwirtes stehen immer

auf der anderen Seite noch immer steigende Kosten

gegenüber. Gerade für das Land Niederösterreich ist die Revision der ungerechten Abgabenteilung zwischen Wien und den Ländern zur Entlastung der Steuern das dringendste Gebot. Der Landesbauernrat begrüßt es, daß der Christlichsozialer Klub des niederösterreichischen Landtages bereits in dieser Frage die Initiative ergriffen hat. Für die Umlagen der einzelnen autonomen Körperschaften muß die Steuerbasis erweitert werden. Die einzuführende Vermögenssteuer ist in einer derartigen Höhe festzusetzen, daß aus ihr

die notwendigen Mittel für die Erhaltung unserer Straßen gewonnen und die bisherige hohe Belastung der Landwirtschaft für die Straßenerhaltung wesentlich verringert wird. An den Bund stellen wir neuerlich die Forderung, daß er seiner Verpflichtung, für die Straßenerhaltung beizutragen, wieder mit entsprechend valorisierten Beträgen nachkommt. Der Landesbauernrat nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, daß der Nationalrat das Rechtsfahren beschlossen hat. Er weiß, daß die niederösterreichischen Bauernbündelgeordneten seine Schuld trifft. Der Landesbauernrat erwartet, daß auf einer anderen Seite eine große Entlastung für den Bauernstand komme, damit die Neuauflagen beim Einführen des Rechtsfahrens ausgeglichen werden.

In diesen schweren Zeiten der katastrophalen Not und Krise unserer Landwirtschaft ist die Einigkeit unserer gesamten Bauernschaft die erste Voraussetzung zum Erfolge in dem großen Kampfe um die Besserung der Lage unserer Landwirtschaft.

Der Landesbauernrat stellt mit großer Befriedigung fest, daß die Landwirte Niederösterreichs in unverbrüchlicher Treue hinter ihrem Bauernbunde stehen. Mit Dank anerkennt der Landesbauernrat auch die unermüdete Arbeit unserer Wirtschaftsorganisationen, der Kammer und Genossenschaften.

Die Bundesversammlung vom 4./II., 9./III., 18/IV., 22./V., wurde der 30. Landesbauernratstag Leben und
und schließlich mit dem agrarischen Nationalrat und
der Finanzkommission beauftragt. In diesem Zusammenhang
betrifft die „Landesbauernrat“ hat offensichtlich.
Am 22./V. ist Herrmann Reithner eingetroffen der Dr. Leo Pinner
aufgrund der Vollendung seiner 15. Dienstjahre. Es wurde dem
Direktor eine hohe Ehrenurkunde überreicht.

Stillsjöppstigningar

famles pek aur 16. juni, 3. juli, 9. September, in
Amm di wirtschafstleufas forderingar (finska:
monopol etc) samant brötes vörödet.

2. Landshövdingens. (Korrespondenzen)
waren in allem Tagesblättern. Es waren
aufmerksam wirtschaftspolitisch (wirtsch.)

Fiskalministerstigning

29. April 1931.

Es werden die fiskalministerstigningar
samant betrachten. Sekretär Fiskal wird zum
Hilfsverwalter des Direktors, Kessins Kautschik
zum Hauptkassier ernannt.

Dem Direktor Steen wird ein Vertrag bewilligt,
der ihm eine Pension gibt. Der Vertrag soll
dem Reichsamt des Landes.

Sekretär Fiskal wird, wenn er einmal zum
Direktor ernannt wird, zum Direktor Steen
kein Anspruch auf d. Vertrag mehr hat,
und darf keine Hindernisse vorlegen,
ein ähnlichen Vertrag bewilligt.

Fiskal

Obmannstellvertreter Abg. Karl Bichler

Wir reichten nicht mit der Vorsehung; wir beugen uns als Katholiken in Demut vor dem heiligen Willen des Herrn, wenn uns auch ein sehr harter Schlag getroffen hat. Unvermutet schnell hat unseren lieben Freund ein Schlagfluß weggeholt. Ja, er war kränklich. Ein hartnäckiger Bronchialkatarrh hat ihm dazu viele Beschwerden gemacht. Die eigentliche Krankheit war eine Lungenblähung und abnorme Herzerweiterung. Bichler war in der letzten Zeit etwas müde, er hat aber als aufrechter Mann nie gekammert. Am Samstag zelebrierte er noch die heilige Messe in der Schottenkirche im Rahmen unseres Jubiläums. Bichler stand im 59. Lebensjahre.

am 3./Mai 1931

Wir schulden dem toten Freund viel Dank. Er war ein aufrichtiger Freund unserer Bauern, hilfsbereit jederzeit. Er war ein seelensguter Mensch. Er dürfte kaum einen Feind gehabt haben.

Unser aufrichtiges Mitfühlen wendet sich vor allem der greisen Mutter und der braven Schwester zu. Tröste sie Gott im schweren Leide!

Uns bleibt das Andenken an den edlen Toten geheiligt immerdar. Er ruhe in Frieden!

Karl Bichler,

Pfarrer in Groß-Pertholz, war am 27. Jänner 1873 in Pögg-Hall geboren. Er absolvierte das Gymnasium in Seitenstetten und oblag anschließend daran in St. Pölten den theologischen Studien, nach deren Beendigung er 1895 zum Priester geweiht wurde. In dieser Eigenschaft wirkte er als Kooperator in Behenkirchen, Neulengbach, Groß-Siegharts; als Provisor in Hohenleithen und zuletzt in Waldbaden an der Ybbs. Seit 1902 war er Pfarrer in Groß-Pertholz und wurde im Juli 1927 vom Bischof Meinelauer zum Geistlichen Rat ernannt. Er war Obmann des Ortschaftsrates und der Bauernbundesgruppe Groß-Pertholz, Vorstand des landwirtschaftlichen Kaffees dieser Gemeinde, ferner Bauernrat des Bezirkes Weitra, Mitglied des Bezirksfürsorgerrates, Mitglied des Bezirksstrafenausschusses, Vorstandstellvertreter der Landwirtschaftlichen Genossenschaft des Bezirkes Weitra, sowie Obmann der Bezirksbauernkammer dieses Bezirkes. Er gehörte auch dem Bezirksratrat Stund als Mitglied an, war ferner dritter Obmannstellvertreter des Niederösterreichischen Bauernbundes und Mitglied der Landes-Lehrerernennungskommission, sowie Vizepräsident der Ersten Niederösterreichischen Brandschaden-Verföhrungs-Vereinsgesellschaft. Im Landtage von Niederösterreich hatte er seit dem Jahre 1921 ein Abgeordnetenmandat des Wahlbezirks.

Signierung vom 26. Mai 1931

- 1) Obmann Reithner liest dem + Abg. Bichler einen warm empfindenden Nachruf, der tiefend angeregt wird.
- 2) Minister Kallfuss bemerkt würdevoll über den Rand des Lesestandes, Jänner 1931.
- 3) Im Falle der + Bichler wird Abg. Stall vom benachbarten Rand liest.

30. Canty kein ernstl. Tag.

24. Sept. 1931

Heute hielt der N.-B. Landesbauernrat, das sind die 70 freigewählten Bezirksobmänner des N.-B. Bauernbundes unter dem abwechselnden Vorsitz des Bundesobmannes Landeshauptmann Reither und des Obmannstellvertreters Abg. Manhalter mehrstündige Beratungen ab. Zu der Tagung war auch Bundeskanzler Dr. Dursch und Bundesminister Dr. Dollfuß erschienen. Vor Eingang in die Tagesordnung hielt Landesbauernrat Präsident Ing. Zuzel, Nationalrat Birbaumer, Oekonomierat Klager, Wirtgermeister Primizl und Wirtschaftsbefehliger Brunner einen tiefempfundenen Nachruf.

Bundeskanzler Dr. Dursch

gab nunmehr einen eingehenden Bericht über die politische Lage, der in folgenden Ausführungen gipfelte:

„Die Einnahmen des Staates zeigen einen ganz gewaltigen Rückgang und wir müssen mit einem Defizit des Bundeshaushaltes rechnen, das um 100 Millionen Schilling herum betragen wird. Dazu kommt, daß die im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt erfolgte Rahmlegung zahlreicher wertvoller Industrien weitere Einnahmerückgänge an Steuern zur Folge haben wird, so daß wir, wenn wir so weiter wirtschaften wie bisher, im kommenden Jahr mit einem noch größeren Defizit rechnen müssen, wie heuer. Angesichts dieser Situation muß unter allen Umständen und mit größtem Ernste alles versucht werden, um selbst durch einschneidende Ersparungsmaßnahmen das Gleichgewicht im Staatshaushalt wieder herzustellen.“

Ich bin selbst nach Genf gefahren, um beim Völkerbund wegen unserer Kreditwünsche zu verhandeln und habe dort die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt angekündigt. Dazu werden ganz erhebliche Sparmaßnahmen sowohl im Sach- wie auch im Personalaufwand des Bundes nötig sein. Wir erwarten, daß die Beamtenschaft einzieht, daß in einer Zeit, in der sämtliche Stände Opfer bringen, auch die Beamtenschaft ihren Teil beitragen muß, zumal

ja gerade ihre Existenz aufs engste mit dem Bestande und der Lebensfähigkeit des Staates verknüpft ist. Die patriotische Haltung, die unsere Beamtenschaft bisher stets bewiesen hat, gibt mir die Gewähr, daß wir auch in dieser Richtung einen Weg finden werden. Wenn ich nächste Woche zwecks Beruhigung und Wiederaufbau der Wirtschaft sowie des Staatshaushaltes dem Parlament meine Vorschläge vorlegen werde, dann werden auch jene Kreise, die aus der Not der Zeit Kapital schlagen wollen, keine Möglichkeit zu solchen Aktionen haben.

Die zweite und für uns wichtigste Etappe zur Klärung der Situation im Staatshaushalt muß somit

die Tagung des Nationalrates am 30. September

bringen. Heute wird der Ministerrat die Vorschläge, die ich dem Parlament vorlegen werde, beschließen. Es wird sich neben den Gehaltskürzungen um steuerliche Maßnahmen, vor allem aber auch um Sparmaßnahmen bei den Ländern und Gemeinden handeln. Ich erwarte, daß auch die Länder und Gemeinden unter dem Druck der Verhältnisse aktive Budgets erstellen werden und hierzu die entsprechenden ernstlichen Sparmaßnahmen durchführen.

Vom Nationalrat werde ich am 30. September verlangen, daß meine Vorschläge innerhalb 24 Stunden parlamentarisch erledigt werden. Ich drohe nicht mit der Kabinettsfrage. Ich werde meine Pflicht voll und ganz erfüllen und bis zum letzten Augenblick auf Kosten stehen. Ich werde nicht die Flucht ergreifen (Stürmischer Beifall). Wenn die Parteien aber mich stützen wollen und die Verantwortung auf sich nehmen, 14 Tage vor der Fälligkeit großer Auslandsverpflichtungen eine Regierungskrise heraufzubeschwören, dann ist es ihre Sache.

Wenn das Parlament am 30. September seine Pflicht erfüllt, dann hat es vor aller Öffentlichkeit seine Tatkraftbereitschaft bestätigt. Man darf nicht vergessen, daß von anderen Seiten schon darauf gewartet wird, daß das Parlament versagt. Es gibt jetzt nur eines: Siegen

oder brechen. Die Christlichsoziale Partei meine Vorschläge gebilligt und wird ihre Pflicht tun. Die anderen Parteien werden sich zu entscheiden haben, ob sie den Parlamentarismus aufrecht zu erhalten gedenken oder ob sie die Veranlassung geben wollen, daß der Bestand unserer Republik schwer gefährdet wird. Die zehnjährige ernste Aufbauarbeit unseres Staates steht auf dem Spiele. Die Regierung wird hart und fest bleiben. Der 30. September muß die Klärung über die Zukunft unseres Vaterlandes bringen.

Bundesobmann Landeshauptmann Reither

danke unter dem lebhaften Beifall der Versammlung dem Bundeskanzler für seine Ausführungen und hob hervor, daß es sich bei den jetzigen Maßnahmen um die Existenz des Staates handelt.

Wir erwarten daher, fuhr Redner fort, mit Sicherheit, daß auch das Parlament das nötige Verständnis für den Ernst der Lage haben und über Vorschlag der Regierung die entsprechenden Beschlüsse fassen wird. Bezüglich der

Bundespräsidentenwahl,

die ein besonders wichtiges Ereignis der nächsten Zeit ist, standen wir auf dem Standpunkt, daß eine Verschiebung dieser Wahl besser gewesen wäre. Wir werden aber, da doch gewählt werden muß, auch hier unsere Pflicht erfüllen und dem bisherigen, bewährten Präsidenten Willas, der ein gut katholischer Mann ist, unsere Stimmen geben. Was den

Heimwehrputz

anlangt, so muß auch hier in der Vertretung unserer Bauernschaft ein offenes Wort darüber gesprochen werden. Es ist tief bedauerlich, daß man die Bevölkerung mit falschen Nachrichten irreführen wollte und daß Dr. Pfeinmer unter dem Vorwand, es seien in Wien Unruhen ausgebrochen, die Bauernschaft verhetzte. Sobald diese Behauptungen als falsch erkannt wurden, haben auch die Streikführer ihren Waffentod ausgegossen und sind nach Hause gegangen. Der ganze Putz war ein Musterbeispiel dafür, wozu unverantwortliche Fehle führen kann. Wir müssen darum auch die strengste Bestrafung der Rädelsführer dieses Putzes verlangen. Es ist bezeichnend, daß Fürst Starhemberg gleich nach seiner Freilassung neuerlich eine Rede hielt, die in eindeutiger Weise zeigte, daß wir verlangen, daß energisch gegen solche Fehle eingeschritten wird. Ich habe gleich nach dem Putz zu den Vorgesetzten Stellung genommen und auch

die Frage der Aufhebung der Ribbikommisse

berührt. Heute wie damals erkläre ich öffentlich, daß diese Maßnahme sich keineswegs auch gegen die Stiftsgüter, gegen das Vermögen der Kirche und korporative Stiftungen richten soll, sondern nur gegen jene, die ihre Wirtschaft vernachlässigen und so das allgemeine Volksgut schädigen, während sie gleichzeitig unablässig gegen den Staat hetzen. (Lebhafter Beifall). In energischer Weise werden wir auch

gegen die demagogischen Antriebe der Nationalsozialisten und Kommunisten

eingreifen. Wir werden es nicht dulden, daß fremde Geister hier strabellende Demagogie treiben.

Redner schloß mit einem nochmaligen Appell an die Bauernschaft, bei der Präsidentenwahl am 18. Oktober geschlossen ihre Pflicht zu tun und mit allem Nachdruck für den Kandidaten der Partei, Willas, zu werben. (Lebhafter Beifall).

Landwirtschaftsminister Dr. Dollfuß zeigte am Ende von zahlreichen Beispielen, daß ohne die getroffenen Zoll- und anderen Maßnahmen sich die allgemeine Weltwirtschaftslage an der Landwirtschaft noch viel katastrophaler ausgewirkt hätte, als es tatsächlich der Fall gewesen ist. Er besprach dann im einzelnen die Aktionen zum Schutz des Getreidepreises, wozu sich bei dieser Gelegenheit scharf gegen jene Mühlen, die die Spannung zwischen Getreide- und Mehlzoll zu über- großer Vermahlung ausländischen Getreides ausnützten, und kündigte den

Vermahlungszwang

an, dessen Bestimmungen auch jene rückwirkend treffen werden, die seit Beginn der neuen Handelsverträge ausländisches Mehl in großen Mengen vermahlen haben. Dem Viehabatz und der Erzeugung von Qualitätsvieh soll durch Vereinbarung mit den Spiritusbrennereien, durch Beschaffung billiger Futtermittel und Mastprämien gedient werden. Die Ausführungen des Ministers fanden großen Beifall.

Ueber Vorschlag des Bundesrates Regierungsrat Sturm wurde hierauf nachstehende

Entscheidung

ohne Debatte einstimmig und unter stürmischem Beifall angenommen:

Der Landesbauernrat von Niederösterreich erkennt den ganzen Ernst der finanziellen und politischen Notlage des Heimatlandes. Die Selbstständigkeit Österreichs ist in Gefahr. Er billigt darum vollauf die Separation der Regierung Bezug und erwartet, daß alle Parteien und Berufsgruppen das gleiche Verständnis für die Not des Vaterlandes aufbringen.

Darum beurteilt der Landesbauernrat leidenschaftlich den skriblen Versuch entgleister Menschen, die die Volksnot ausnützen, vor Bruderarm nicht zurücktreten und ihre Geldvorherrschaft und ihre absolut unchristlichen, einseitigen Standesvorrechte wieder aufrichten wollen. Die Regierung hat die Pflicht, die Führer, die offen in Wort, Schrift und Tat Hochverrat betreiben, strengstens zu bestrafen. Der Landesbauernrat hofft, daß auch den wenigen verführten Standesbrütern die Augen geöffnet wurden, daß sie nunmehr sehen, wer die eigentlichen Führer des Heimatlandes sind und wohin deren Kurs geht. Der Landesbauernrat fordert von der Regierung die ausnahmslose und gleichzeitige Abschaffung aller illegalen Beherrschungen auf gesetzlichem Wege.

Der Landesbauernrat ersucht die Niederösterreichische Landesregierung alle ausländischen Geheer nationalsozialistischer oder kommunistischer Couleur abschreiben zu lassen. Die Wirtschaftsnot kann nur gebannt werden, wenn Ruhe und Ordnung im Lande herrscht, wenn alle Berufsgruppen mit ehrlichem Willen als Österreicher zusammenarbeiten.

Der Bauernstand ist heute in schwer bedrängter Lage. Der Landesbauernrat dankt seinen Vertretern in der Regierung, daß sie bis nun zielbewußt und mit Energie und mit Erfolg Wege fanden, um Abhilfe zu schaffen. Die katastrophalen Vorkommnisse auf dem Weltmarkt haben es aber bewirkt, daß diese Maßnahmen heute nicht mehr ausreichen. Der Landesbauernrat ist überzeugt, daß es der Regierung gelingen werde, neue Mittel zu finden, um dem Bauernstand, der an Arbeitswillen und Genügsamkeit wahrlich heilbringend besteht, die Produktion weiterhin zu ermöglichen. Der Landesbauernrat stellt an die Regierung das Ersuchen, die Weinsteuer vom Produzenten abzuwälzen und den alten Zustand, das heißt, die Einhebung der Steuer erst beim Konsum, wieder herzustellen.

Der Landesbauernrat begrüßt die Kandidatur Niklas zum Bundespräsidenten und fordert alle Standesbrüder auf, am 18. Oktober ihre Pflicht zu tun.

Von allen Österreichern ohne Ausnahme erwartet der Landesbauernrat, daß sie in dieser Not der Zeit zusammenstehen, das Trennende beiseitestellen und in wahrhaft christlichem und nationalen Sinne zusammenwirken, um den vielen, schuldlos armen Mitbürgern den bevorstehenden harten Winter überbauen zu helfen.

P. Werner Deibl — Obmannstellvertreter des niederösterreichischen Bauernbundes. In der heutigen Vollversammlung des Niederösterreichischen Landesbauernrates wurde an Stelle des verstorbenen Abg. Bichler der Wirtschaftsdirektor des Stiftes Zwettl, Landesammerrat P. Werner Deibl zum Obmannstellvertreter gewählt. Die einstimmig erfolgte Wahl wurde von den versammelten Bauernräten mit stürmischem Beifall aufgenommen. P. Werner Deibl, der dieser Tage seinen 50. Geburtstag feierte, aus diesem Anlaß vom Stift Zwettl und von der Bauernschaft seines Bezirkes geehrt wurde, ist ein Waldbierler Weinbauersohn und seit seiner Jugend im bäuerlichen Organisationsleben tätig. Die Waldbierler Bauernschaft anerkennt in ihm einen ihrer bedeutendsten Führer. Als Vertreter der Bauernschaft seines Bezirkes wurde er in zahlreiche wirtschaftliche Organisationen entsandt; er ist seit 1921 Mitglied des Bauernrates und seit der Gründung der Landwirtschaftskammer Landesammerrat und Obmannstellvertreter der Bezirksbauernkammer Zwettl. Seine Wahl in das Präsidium des N.ö. Bauernbundes bedeutet eine Anerkennung seiner bisherigen Tätigkeit und ist auch ein Beweis für die Wertschätzung der Waldbierler Bauernschaft im Rahmen der Gesamtorganisation der niederösterreichischen Bauernschaft.

Ant. Krip. Krip.

7./X Zi

Leistung: (Glas, Mauerwerk, Treppen, Flieg. s.
Haupte)

1) Leuchtelemente (z. B. Leuchte s. L.) sind in
den Leuchtelementen aufgeführt. Die Leuchte sind aufgeführt, der
Leuchtelemente ist.

2) In der Leuchtelemente sind ein Leuchtelement
gezeigt, wenn mit anderen die Leuchtelemente
gegenüber der Leuchtelemente der Leuchtelemente
die ist in Leuchtelemente der Leuchtelemente
aufgeführt. Die Leuchtelemente sind
aufgeführt, wenn die Leuchtelemente
aufgeführt werden.

3) In der Leuchtelemente an Leuchtelemente
die ist in Leuchtelemente der Leuchtelemente
aufgeführt.

4) In der Leuchtelemente der Leuchtelemente
sind die Leuchtelemente in der Leuchtelemente
aufgeführt.

5) In der Leuchtelemente der Leuchtelemente
sind die Leuchtelemente in der Leuchtelemente
aufgeführt.

Kunz, Krip. Krip.

Protokoll Sitzung

28. / X 31

1) langsame Debatte über die laufende wirtschaftl. Lage. Minister Dörfner berichtet. (Mißland, Gleichstand, Konsumverfall etc.)

2) Wegen Ankauf eines geeigneten Objektes für die Zinkerei i. J. 1932. Es werden Anträge von der Zinkerei gestellt i. d. Richtung der Zinkerei, aber weitere i. d. Zinkerei.

3) In Zinkerei berichtet über die Zinkerei, Preisverfall.

Summe, Ergebnis

21. Landtagsversammlung

(21. Januar 1932)

Die Genfer Ergebnisse und die nächsten Aufgaben der Regierung.

Bundeskanzler Dr. Buresch kündigt eine innere Anleihe an. — Mitteilungen auf der Tagung des n.-ö. Landesbauernrates.

Am 21. d. fand eine Tagung des niederösterreichischen Landesbauernrates statt, an der die Vertreter sämtlicher Bezirke Niederösterreichs teilnahmen. Den Vorsitz führte Landesbauernrat Josef Reithner. Den Beratungen, die mehrere Stunden währten, wohnten u. a. bei: Bundeskanzler Dr. Buresch, die Bundesminister Dr. Dollfuß und Dr. Egermayer, der frühere Bundeskanzler Stresemann, Staatssekretär a. D. Stöckler, Landesbauernratstellvertreter Dr. Buresch, Landesrat Schramm, Minister a. D. Buchinger, Landtagspräsident Fischer, Prälat John vom Stift Melk, sämtliche Nationalräte, Landtagsabgeordnete und Bundesräte Niederösterreichs, die Vizepräsidenten Gleichweit und Luger der Landwirtschaftskammer, Kammeramtsdirektor Ing. Greil u. a.

Bundeskanzler Dr. Buresch, mit stürmischem Beifall begrüßt, teilte, über Genf berichtend, mit:

Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat anerkannt, daß Österreich alles getan hat, was zur Sicherung des Staatshaushaltes notwendig war. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß es auch im heurigen Jahre gelingen möge, die Schwierigkeiten, die kaum geringer werden dürften, zu meistern.

Ich habe in Genf erklärt und möchte es auch hier wieder mit aller Eindeutigkeit und Klarheit sagen, daß der Staat unter allen Umständen das Gleichgewicht im Staatshaushalt erhalten muß. Ich werde um keinen Preis mich dazu hergeben, fremde Mittel für die Ausgabenwirtschaft des Staates heranzuziehen. Das wird noch manche Einschränkungen erfordern. Das Budget muß gedrosselt werden, so unangenehm es auch sein mag.

Auch die Frage der Bundesbahnen wurde in Genf einer eingehenden Erörterung unterzogen. Auf diesem Gebiet wurde gerade in der letzten Zeit ein Geleise geschaffen, das beträchtliche Ersparungen vorsieht. Wir sind freilich hier noch nicht beim Schlusse aller notwendigen Maßnahmen angelangt. Die Verwaltung der Bundesbahnen muß ihren Betrieb darauf einstellen, daß es ganz ausgeschlossen erscheint, irgendwelche staatlichen Mittel für die Bundesbahnen bereitzustellen. Bei gutem Willen werden wir auch über diese Schwierigkeiten hinwegkommen. Eingehend erörtert wurde in Genf auch die Lage der österreichischen Nationalbank. Die Verschärfung der Devisenvorschriften, die wir in der letzten Zeit durchführen mußten, wurde beifällig aufgenommen. Ich bin mir bewußt, daß die Devisenvorschriften manche und große Schäden zeigen.

Wir mühten jedoch hier energisch einschreiten, um endlich einmal die weitere Verschuldung an das Ausland einzuschränken.

Manche Seher propagieren ein Moratorium für Oesterreich. Ich erkläre mit allem Nachdruck, daß ich ein solches Moratorium nicht machen werde, weil ich eine derart verantwortungslose Wirtschaftspolitik ablehne.

Ich habe das auch in Genf erklärt, habe aber freilich dort auch verlangt, daß der Völkerbund uns bei der

Regelung unseres ausländischen Schuldendienstes

an die Hand gehen möge. Oesterreich wird die Zinsen und Annuitäten für die langfristigen Staats-, Länder- und Gemeindeforderungen pünktlich weiter bezahlen. Dagegen hoffen wir bezüglich der kurzfristigen Kredite zu einem Stillhalteübereinkommen zu gelangen. Im Komitee des Völkerbundes ist man der Ansicht, daß sämtliche Gläubiger gleichmäßig behandelt werden müssen und kommt damit unseren Wünschen entgegen, da ja bekanntlich mit den Auslandsgläubigern der Credit-Anstalt ein Stillhalteübereinkommen bereits getroffen ist und die übrigen Auslandsgläubiger nicht bevorzugt werden dürfen. Durch ein solches Übereinkommen würde die Nationalbank jährlich etwa 150 Millionen Schilling an Devisen ersparen, was gleich-

bedeutend wäre mit einer gleich hohen Anleihe.

Schließlich wurde in Genf auch

die Frage der Handelspolitik

behandelt. Auf diesem Gebiete habe ich namens Oesterreich eine Reihe grundlegender Fragen aufgeworfen und Forderungen gestellt, von denen ich hoffe, daß sie beitragen zur künftigen Klärung der wirtschaftlichen Situation in Mitteleuropa. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß die österreichische Regierung es für unerlässlich erachtet, daß der österreichischen Wirtschaft im mitteleuropäischen Raum eine größere Bewegungsfreiheit gegeben wird. Es sollen Kommissionen mit allen Nachbarstaaten eingesetzt werden, um vernünftige Wege zu einer gemeinsamen zielführenden handelspolitischen Auseinandersetzung zu finden. Wir hoffen, daß uns der Völkerbund bei dieser Aufgabe helfend zur Seite stehen wird. Von all den in der letzten Zeit in der Presse so vielfach erörterten Einzelprojekten bezüglich der Zusammenarbeit mit einzelnen Staaten oder der Donauförderung usw.

war selbstverständlich in Genf keine Rede. Mit diesen Fragen habe ich mich nicht befaßt, wohl aber mit dem Problem der Wirtschaftsnäherung mit unseren Nachbarstaaten, wogegen aber mit allen ohne Ausnahme. In dieser Richtung hoffen wir auch in absehbarer Zeit zu einer Klärung zu kommen.

In den nächsten Tagen bereits wird

die Frage der Credit-Anstalt

einen weiteren Schritt der Klärung entgegengehen. Die Lösung der Leitungsfrage ist im Zuge. Es muß aber auch der materielle Teil des Credit-Anstalt-Problems ebenfalls geregelt werden. Ueber diese Frage wird man nicht hinwegkommen ohne gewisse Opfer. Wer muß nun diese Opfer bringen? Erstens einmal der Bund. Wenn auch die Alarmmeldungen, die da von vielen Hunderten von Millionen Schilling sprechen, weit übertrieben sind, so sind wir uns doch darüber klar, daß es ohne ein gewisses Opfer nicht gehen wird. Aber auch die Aktionäre werden ganz beträchtliche Opfer bringen müssen. Schließlich werden aber auch, und das haben wir auch in Genf mit allem Nachdruck vertreten, die Auslandsgläubiger Opfer auf sich nehmen müssen. In dieser Frage werden und müssen wir hart bleiben.

Die Verhandlungen mit den Auslandsgläubigern selbst müssen schon in den nächsten Wochen beginnen. Die österreichische Regierung wird mit fertigen Plänen und Vorschlägen kommen und alles daran setzen, um endlich den großen Gefahrenkomplex der Credit-Anstalt zu lokalisieren und aus der öffentlichen Erörterung auszuscheiden.

In dem Moment, wo die Frage der Credit-Anstalt bereinigt ist, können wir dann auch an unseren weiteren Plan, an die

Auflegung einer inneren Anleihe in Oesterreich

schreiten. Wir werden uns bemühen, hierbei auch Wege zu finden, um auch die verflochtenen Schillinge wieder in Umlauf zu bringen. Wir brauchen diese innere Anleihe, weil wir schließlich auch wieder beginnen müssen, unsere Privatwirtschaft in Schwung zu bringen. Auf die Dauer geht es nicht an, fortwährend einzuschränken, zu kürzen, abzubauen und die Arbeitslosigkeit damit ins Gigantische zu erhöhen. Am 15. Jänner standen 239.904 Arbeitslose in ordentlicher Unterstüttung, außerdem erhielten 109.809 Personen Notstandsausgaben, zusammen wurden also 349.713 Personen unterstüttet. Dazu kommen noch 70.819 Altersfürsorgerechnen, das sind Arbeitslose im Alter über 60 Jahren, die nach den damaligen Bestimmungen von der Arbeitslosenunterstüttung ausgeschlossen sind und Altersrenten erhalten, zusammen also 420.532 Unterstüttete. Dazu kommen noch vorgemerzte Arbeitslose ohne Unterstüttung in der Zahl von über 60.000. Alle diese Ziffern werden sich bis Ende des Monats vermutlich noch erhöhen.

Das hält kein Staat auf die Dauer aus. Dieses Arbeitslosenheer bildet nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch ein eminent großes Gefahrenmoment. Diese Menschen müssen wir wieder in die normale Wirtschaft eingliedern können, dann wird politisch und wirtschaftlich Ruhe eintreten.

Zusammenfassend kann ich feststellen, daß Genf das gehalten hat, was wir uns von diesen Beratungen erhofft haben. Das Ergebnis der Besprechungen im Finanzkomitee des Völkerbundes muß hinsichtlich unserer Forderungen auf handelspolitischem Gebiet als günstig, hinsichtlich der Stillhaltevereinbarungen sogar als sehr günstig bezeichnet werden. Mehr haben wir uns von Genf nicht erwartet.

Das hauptsächlichste Bestreben der österreichischen Regierung ist darauf gerichtet,

unsere Währung zu erhalten und zu sichern.

Die Regierung hat alles daran gesetzt, um der österreichischen Bevölkerung die Schrecken der Inflation zu ersparen. Die Regierung hat in dieser Richtung auch einen vollen Erfolg erzielt. Der Staatshaushalt ist vollkommen in Ordnung, von dieser Seite her droht keinerlei Gefahr. Die Credit-Anstalt-Frage ist auf dem besten Wege, lokalisiert zu werden, auch sie wird dann kein ernstes Gefahrenmoment mehr bilden. Ich kann mit einer gewissen Genugtuung feststellen, daß auch, bereits, vielleicht als erste Reaktion auf diese Momente der Beruhigung, im innerösterreichischen Geldverkehr eine starke Erholung eingetreten ist. Die Spareinsparungen sind durchwegs im Aufsteigen begriffen. Das muß besonders betont werden, weil es in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt ist.

In der Zeit vom 1. Jänner bis 15. Jänner sind die Gesamteinsparungen bei der ersten österreichischen Sparkasse, bei der Wiener Zentralsparkasse und bei der neuen Wiener Sparkasse um 17 Millionen Schilling gestiegen. Bei den Volkskassen und Sparkassen in den Bundesländern ist fast überall die gleiche Steigerung der Spareinsparungen zu verzeichnen. Gleichzeitig ist in den ersten vierzehn Tagen dieses Jahres das Wechselportefeuille der Nationalbank um 50 Millionen Schilling gestiegen. Es dümmert bereits und wird langsam Lichter um uns. Diese erfreulichen Tatsachen sind sinnvoller Beweis für die allmähliche Beruhigung der Bevölkerung, für die Wiederkehr des Vertrauens in unseren Staat und in unsere Wirtschaft.

Alle diese Symptome der Beruhigung geben uns ein Recht darauf, gegen jene verantwortungslosige Sekte aufzutreten, welche in einer gewissen Presse und in gewissen Versammlungen alles tut, um unseren Staat und unsere Währung in Mißkredit zu bringen. Diese Sekte hegt aber auch gegen die Regierung in einer Form, wie sie wohl beispiellos ist und uns wurde oft auch von uns nahestehenden Kreisen der Boursourf gemacht, warum wir nicht energischer gegen diese Sekte einschreiten. Dazu möchte ich sagen, daß wir zwei komplette Ministerien beschäftigen müßten, um all diesen Segern und Verleumdern immer entsprechend entgegenzutreten. Diese Leute wollen ja nichts anderes, als uns von der eigentlichen, von der praktischen Arbeit für die Wirtschaft abhalten. Dazu geben wir uns nicht her. Wir werden diese Leute auch weiterhin ignorieren. Wir werden den Lärm sehen, des Erntes der Stunde bewußt, Taten wirklicher positiver Arbeit für den Staat.

Und zum Schluß noch eines: Wenn man eine Weile tut, so kann man nicht nur etwas erzählen, sondern es geschieht inzwischen auch manches dahinter.

Die Waffensunde in Oltastung

haben uns gezeigt, vor welch furchtbarem Abgrund wir stehen. Es ist die letzte Stunde, daß wir die Augen öffnen, es wäre der schmerzliche Fehler, wenn wir an solchen Dingen schweigend vorübergehen würden. Die allerhöchsten Tage bereits werden Entscheidungen von

ausschlaggebender Wichtigkeit bringen müssen, um Oesterreich vom Abgrund zurückzureißen. Ich gebe zu, daß gerade in Oesterreich das Entstehen bewaffneter Formationen schon in der Wesensart unseres Volkes besonders günstigen Boden findet, liegt uns Oesterreichern doch die Wehrhaftigkeit im Blute, waren es doch Oesterreicher, die jahrhundertlang als Soldaten auf allen europäischen Kriegsschauplätzen stritten. Um so ernster müssen die Entscheidungen sein, die wir treffen wollen. Um all diesen Dingen von Grund auf und reiflich abzuhelfen, müßte meines Erachtens freilich an eine Veränderung des Heeresystems geschritten werden, und an Stelle des gegenwärtigen Systems das Milizsystem treten. Das Heer müßte wieder ein Instrument des gesamten Volkes und damit auch erzwecklich für das gesamte Volk werden. Die Entscheidung darüber steht freilich dem Volkshunde zu."

Bundeskanzler Dr. Buresch schloß mit der Versicherung, daß er nach wie vor unentwegt seine ganze Kraft dafür einsetze werde, im Interesse der Heimat das zu tun, was zum Wiederaufbau und zur Gesundung der Wirtschaft und damit zur endlichen Besserstellung unserer braven Bevölkerung nützt. Die Ausführungen des Kanzlers wurden von den versammelten Landesbauernräten mit stürmischem Beifall aufgenommen. Landeshauptmann Reither gab in herzlichen Worten der Zustimmung und dem Beifall der versammelten Landesbauernräte Ausdruck. Er erklärte u. a.:

Die Regierung Dr. Buresch wird gern und oft als schwache Regierung bezeichnet. Gerade diese schwache Regierung hat in den letzten Monaten Maßnahmen durchgesetzt, deren parlamentarische Erleuchtung man dorthin kaum für möglich gehalten hat. (Großer Beifall.) Buresch hat sich in einer Zeit, wo sich niemand dazu hergeben wollte, an die Spitze des Kabinetts gestellt und zielbewußt, unbeirrt durch die zahllosen Angriffe, gearbeitet am langsamen, aber systematischen Wiederaufbau vor allem des Vertrauens der Bevölkerung zum Staat und zur Wirtschaft. Wir niederösterreichischen Bauern sind so innig mit Dr. Buresch und seiner Arbeit verknüpft, daß wir es nicht nötig haben, dies noch durch besondere Vertrauensbekundungen zu dokumentieren. Dr. Buresch weiß, daß seine niederösterreichischen Bauern treu und geschlossen hinter ihm stehen und allen Segnen und Bechern die Stirn bieten werden. (Großer, langanhaltender Beifall.)

Bundesminister Dr. Dollfuß hielt nunmehr ein groß angelegtes wirtschaftspolitisches Referat, über das im Wirtschaftsteil des Blattes berichtet wird. Der Vorsitzende Landesrat Scharmiker dankte dem Landwirtschaftsminister für seine zielbewußte Arbeit.

Landeshauptmann Reither

erörterte nunmehr eingehend die kritischen wirtschaftlichen Verhältnisse, die auch zu einer politischen Verwirrung der Köpfe geführt haben.

Er verwies darauf, daß die Bauernschaft kein Verständnis habe für verantwortungslose Verheerung und Verleumdung. Die Not der Zeit werde gar so gern von gewissen Kreisen dazu ausgenutzt, um daraus politisch Kapital zu schlagen. Die Bauernschaft sei gewohnt den realen wirtschaftspolitischen Tatsachen ins Auge zu sehen, und werde sich von Illusionen in ihrer klaren Urteilskraft nicht irre lassen. Landeshauptmann Reither schilderte nun mit lebhaften Entzückungen den Versuch, die Klänge solcher Illusionen und gab der besonderen Genugtuung Ausdruck, daß diese bei allen bäuerlichen Organisationen auch in den anderen Bundesländern reifliche Ablehnung erfahren haben. Die christlichen bäuerlichen Organisationen stehen fest und treu zur christlichsozialen Partei. Sie lassen sich durch irgendwelche ständische Programme nicht abbringen von dem großen Gedanken der Volksgemeinschaft, von dem Leitgedanken Rueters bei der Gründung der christlichsozialen Partei. Die christlichen Bauern Oesterreichs sind aber auch demokratisch. Sie stehen auf dem Boden des demokratischen Mitbestimmungsrechtes der Bauernschaft und sie werden sich gegen alle Pläne zur Wehr setzen, welche dieses Mitbestimmungs- und Mitbestimmungsrecht der Bauern Oesterreichs an der Gestaltung des Staates und damit an der Gestaltung ihres eigenen Geschickes einschränken oder aufheben wollen.

Landeshauptmann Reither kennzeichnete hierauf in kurzer schlagwortartiger Darstellung die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung Dr. Buresch. Er verwies darauf, daß Doktor Buresch in mühsamer und harter Arbeit in einer Zeit der größten Wirtschaftskatastrophen neuerlich eine wirtschaftliche Plattform gegestimmt habe, auf der wir nun langsam wieder den Aufbau unserer Wirtschaft beginnen müssen. Die Bauernschaft wünscht, daß Bundeskanzler Dr. Buresch diese Arbeit unbeirrt und systematisch fortsetzen möge und fordert, wenn dies im Wege der Verhandlungen im Parlament nicht möglich sein sollte, entsprechende außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen. Dr. Buresch und seine Regierung

sind besonders nachdrücklich und unter großem Beifall der versammelten Landesbauernräte verwies Landeshauptmann Reither darauf, daß er selbst noch dem 13. September die Abklärung sämtlicher bewaffneter Formationen gefordert habe und daß er diese Forderung heute angesichts der Vorfälle in Oltastung aufs neue erhebe. Er begrüßte die Erklärungen des Bundeskanzlers bezüglich der Schaffung einer Miliz und verwies darauf, daß eine solche Maßnahme in den Kreisen der gesamten Bevölkerung, vor allem aber in den Kreisen der Bauernschaft lebhaft und begeisterte Zustimmung finden werde.

Nach einer zusammenfassenden Erörterung der letzten Wirtschaftsmassnahmen der Regierung schloß Landeshauptmann Reither mit einem Appell an die Bauernschaft, treu zu grünen Fahnen des Bauernbundes und treu zur großen Volksgemeinschaft der christlichsozialen Partei, nicht zu erlahmen in der Arbeit und Mitarbeit am Wiederaufbau unseres durch die Not der Zeit so hart geprüften Vaterlandes Oesterreich. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Landesrat Scharmiker dankte dem Landeshauptmann Reither und gelobte ihm unter stürmischem Beifall der Versammelten namens der Landesbauernräte Niederösterreichs weiterhin als Bundesobmann des u. ö. Bauernbundes unentwegte Treue und Gefolg-

haft. Direktor Regierungsrat Sturm schilderte hierauf seine Besprechungen mit den Bauernorganisationen der anderen Länder und brachte anschließend daran eine Resolution zur Verlesung, die unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen wurde.

„Zur Vernunft und zu gemeinsamer Arbeit.“

Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

In einer Notzeit berühren sich zu leicht Extreme. Scharfe Gegensätze bringen die ruhige Überlegung zum Schweigen. Gezeiten in Wort und Schrift, maßlose Rüttlungen, verantwortungsloser, pöbelvergeßener, ehrgeiziger Elemente sind danach angesetzt, namensloses Unglück über die arme Heimat zu bringen. In schwerer Zeit hat die Bauernschaft Niederösterreichs ihre besten Männer dem Staate und dem Lande zur Verfügung gestellt. Die Regierung arbeitet gewissenhaft, mit Zähigkeit und auch mit Erfolg an der Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft. Es gibt Wege von Schwierigkeiten zu überwinden. Es gilt mit klugen Wirtschaftssystemen aufzuräumen, es gilt die Meinung des öffentlichen Lebens, es gilt die Sicherung unserer Versorgung.

Die letzten Erfolge in Wien, das wiedererlangte Vertrauen der Bevölkerung, das sich in den sprunghaft erhöhten Geldeinlagen bei Sparkassen und Sparkassen zeigt, die glückliche Agrarpolitik, die getreu einer wahrhaft christlichsozialen Einstellung vernünftig Rücksicht auf den Konsumenten nimmt, der unbefangene Wille zur reiflichen Abklärung aller illegalen Formationen, die geplante Abstellung der Unzulänglichkeiten in der Sozialversicherung, sie beweisen, daß der Kurs unserer Regierung ein absolut richtiger ist. Nicht mit Blut und Eisen kann uns Rettung werden, sondern nur in gemeinsamer verständnis- und rücksichtsvoller Zusammenarbeit aller Oesterreicher, die nicht das Wort, sondern die ganze Tat der Heimat leihen.

Der Landesbauernrat von Niederösterreich dankt dieser Regierung und wünscht, daß sie ihre Machtmittel zusammenfasse und aufbiete, um jeden Versuch, sie von dem einzig vernünftigen und vaterländischen Wege gewaltsam abzuhängen, radikal zu verhindern. Sollte dieser feste und unbewegliche Wille die Form einer größeren und weiteren Vollmachterteilung an die Regierung annehmen, so wird die Bauernschaft dies verstehen und begreifen.

Die Bauernschaft Niederösterreichs steht im Staatsapparat einen aufrechten Vertreter der demokratischen Idee. Sie weiß, daß bei ihm anders gerichtete Pläne von Illusionen und Ehrgeizigen nie Gehör finden werden.

Die niederösterreichische Bauernschaft hat durch ihren Gehör von allen anerkannten Fortschritt auf allen Gebieten der Produktion bewiesen, daß sie den Gedanken der Selbstverwaltung richtig erfasst hat. Darum muß auch verstanden werden, daß sie diesen schwer errungenen Erfolg ihrer vernünftigen Organisation mit allen Mitteln verteidigen wird. Kraft und Mut zur harten Arbeit wird der Bauernschaft nicht zuletzt dadurch, daß sie ihren religiösen Glauben wie ein heiliges Gut hütet. Für sie sind Best und deutsche Heimat ein Gottesleben, für die sie die Verantwortung trägt. Sie muß fordern, daß die religiösen, doch die katholischen Grundsätze in Schule, Haus und Öffentlichkeit wieder mehr zur Geltung gelangen.

Die Bauernschaft Niederösterreichs ruft alle Volksgenossen, alle heimattreuen Oesterreicher, was Sturmes immer, zur Vernunft und zu gemeinsamer Arbeit.

Ausfertigung

287, 32

Wittlitz: Briefe, Bismarck, Heber

1) Dem kaiserlichen Direktor Hofmann die
Bismarck wird die gesagte Abfertigung gegeben,
die Bismarck nicht mehr braucht wird.

2) Dem Kaiser als Abg. Bismarck im Hofmann
und Bismarck sind nicht mehr gebraucht, kann
sogar ^{der} kaiserlichen Hofmann seit d. Hofmann,
Bismarck nicht mehr gebraucht werden.

3) Bismarck Bismarck d. Bismarck Bismarck
Bismarck Bismarck.

Bismarck, Hofmann

Bismarck

dem Bismarck von 5000 (Bismarck)
dem Bismarck für den Bismarck
vom n. d. Bismarck Bismarck

Bismarck, am 5. Feb. 1932

Bismarck Bismarck
Bismarck 1932

15
Vom Febr. bis Juli fanden 5 Sitzungen

statt, die sich mit den aktuellen politischen
Fragen befassen.

Immerwährendes Sekretär Dr. Baerwald wurde
Kanzler.

Sitzung vom 20. /IV. 32

- 1) Herr Johann Reithen soll dem + Schriftführermitglied
Anton Jara einen warmempfehlenden Kaufbrief.
- 2) dem 1. bzw. 2. Mal. Klarung werden zum 30. Juni 32,
bei der besten Lösung gesetzt.
- 3) Herr Baerwald berichtet über den Ankauf eines
Hauses für unsere Winterreise in der Theresienstadt
und die notwendigen Adaptierungsarbeiten. (genehmigt)
- 4) Prof. Böhmert wird auch am 26. und 27. sein.
- 5) Die Gründung einer Gemeindevertretung
wird beschlossen. Der gen. Com. bekannte Listebau soll
vorläufig konsultiert werden, derweilen sich Dr. Baerwald,
unser 2. Sekretär Dr. Baerwald anstellt.
- 6) Die Gemeinderatswahl wird im November abge-
halten.
- 7) Der Winterprozess wird genehmigt.

Heute, 2. April.

Ansprüche

Landes feldzeug, drückt sich monatlich
her. In beständig ist sehr ansehnlich
mit dem Werra wirtschäftlichen freier.

Am 26. November 1932

Land die große Aufmarsch ist bezeichnend
in der Nordwestbahnstraße her. 22.000 beizen
waren ausgesetzt.

Ausgang der Reichsregierung

Land die große größte Regierung ist
bezeichnend in Reichs her. 45.000
beizen waren ausgesetzt.

Lizenz vom 19. / X. 97

1) In der bündigstehenden und der neuen Kammern =
vorgezeichneten Rindsch Kasse Kasse.

2) Die Trefferausleihe werden 10.000 S bei der
Jahres-Zinsrechnung eingerechnet.

3) Die fällige Summe, bzgl. der die neue Kasse
und auf Dank für Kenntnis genommen.

Lizenz

Bundesausschuss Sitzung / Nr. 33.

Vorsitz: Bundesobmann Reither.

Anwesend: Dr. Zwersch, Finkinger, Schwanitzger, Maubacher, P. Wenzl, Mayerhofer, Oßner, Waichs, Zehetmayer, Streuwitz, Preuttl, Haberl, Hummel, Fagl. & Zarnh.

- T. O.
- 1.) Genüßts Bericht.
 - 2.) Niederlegung Sturms.
 - 3.) Die pol. Lage.

ad I. Sturm berichtet über den Verlauf der Einzahlungslisten. Die Listen sind sehr gut, die Gelder laufen besser ein als im vergangenen Jahr.

Mayerhofer wünscht über die Revision der Kassa und Einkünfte und beauftragt die Intendanz der Einkünfte. Bundesobmann Reither spricht namens des Ausschusses (spricht) der Führung der Kassa und deren Organen den besten Dank aus.

ad II. Bauerndank an den scheidenden Direktor Sturm.

In pünktlicher Befolgung der bekannten, von der Bischofskonferenz an alle geistlichen Mandatäre und politischen Führer gerichteten Aufforderung hat Regierungsrat Josef Sturm sowohl seine Stelle als Landeshauptmannstellvertreter in Niederösterreich als auch seine führende Stellung im Bauernbund als dessen Direktor zurückgelegt. Die Bundesauswahlkommission des Niederösterreichischen Bauernbundes am 11. d., in der Bundesobmann Landeshauptmann Reither den Rücktritt des Direktors Sturm mitteilte, gestaltete sich zu einem aufrichtigen und herzlichen Dank für diesen. Der Landeshauptmann sagte in seiner Rede:

„Es ist uns ein aufrichtiges Bedauern, wenn wir heute von unserem langjährigen Direktor und Freund Abschied nehmen müssen. Direktor Sturm scheidet in gehobener Pflichterfüllung seiner kirchlichen Obrigkeit gegenüber. Das ganze Wirken unseres Freundes war immer Pflichterfüllung. Er hat während der Kriegszeit die Bauernbundsleitung übernommen. In der gefährlichen Zeit des Umsturzes hat er im vollen Bewußtsein der harten Verantwortung den Bauernbund geführt. Ja

der Bauernbund hat unter der Leitung des seinerzeitigen Obmannes Staatssekretärs Stöckler durch die Initiative Direktor Sturms im entscheidenden Momente eingegriffen, um Österreich vor dem Bolschewismus zu retten. Es war dies bei der großen Kundgebung am Peter- und Paulstag des Jahres 1919.

Sturm war es, der am Wiederaufbau Österreichs — im Besonderen der Landwirtschaft — in vorderster Linie mitgearbeitet hat. Er war es, der nicht nur den Bauernbund groß und stark gemacht hat, sondern der durch seine kluge Zusammenarbeit mit den Bauernführern dem Stande in der Öffentlichkeit Anerkennung und Achtung verschafft und dem Bauernstande den gebührenden Einfluß gesichert hat. In der sozialen Gesetzgebung der österreichischen Landwirtschaft war er aktiv tätig und in der letzten Zeit als Landeshauptmannstellvertreter hat er sich in ganz ausgezeichnete Weise bewährt. Wenn wir heute den Rücktritt zur Kenntnis nehmen müssen, so spreche ich namens des Bauernbundausschusses ihm und allen geistlichen Herren, die als Mandatäre des Bauernbundes und der christlichsozialen Partei irgendwie mitgearbeitet haben, herzlichsten und aufrichtigen Dank für ihre Tätigkeit aus und bitte sie, wenn die Zeit es wieder ermöglicht, daß sie wieder in unsere Reihen treten.

Bundesminister Dr. Karl Dursch dankte dem scheidenden Direktor namens der öffentlichen Verwaltung und sagte, daß wir uns an Sturm ein Beispiel der Pflichterfüllung und Disziplin nehmen können und daß wir gerade in der heutigen Zeit im Bauernbunde fest zusammenhalten müssen.

Minister Buchinger dankte dem Scheidenden für seine treue Mitarbeit im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen. Gerade dadurch, daß durch den Bauern-

blinder" der genossenschaftliche Gedanke geweckt wurde, war es möglich, daß wir heute ein so stolzes Gebäude der landwirtschaftlichen Selbsthilfeorganisationen haben. Und dafür gebührt ihm von der gesamten Genossenschaftsbewegung Österreichs aufrichtiger Dank.

Direktor Sturm

sagte in seiner Erwiderung: „In selbstverständlicher Ausführung eines Gehorsamsaktes muß ich Abschied nehmen von meiner Lebensarbeit. Ich fand innerste Genugtuung im Schaffen für meinen Bauernstand. Wir haben alle in richtiger Arbeitsteilung gemeinsam in schöner Zusammenarbeit sicherlich Wertvolles geschaffen und den Bauernstand wirtschaftlich und sozial gehoben, ohne je die Fühlung mit anderen erwerbenden Ständen zu verlieren. Auch

in religiöser Hinsicht ist dieser festgefügte Bauernstand der Welt geworden, an dem feindliche Anwürfe zerschellen müssen. Der eindrucksvolle Weltbauerntag war ein Stück Beweis.

Ich scheide von Freunden. Der Ausdruck der tiefen Gesinnung meiner verehrten Freunde Reither und Direktor Burech und gesamten Bundesausschusses sind mir bester Lohn. Ich habe meine Pflicht nach bestem Können getan. Dieses Bewußtsein ist für jeden Deutschen und Christen und so auch für mich der reichste Lohn. Ich halte unser Ausbauprogramm für gut geborgen, weil arbeitsfrohe und entschlossene Mitarbeiter in gleichem Idealismus weiterarbeiten werden. Allen Kameraden, in der Kanzlei, auf dem Lande, in jedem Dorfe und in der öffentlichen Verwaltung, weiß ich tiefen und herzlichen Dank. Gebe Gott dem reinen Willen auch das Gelingen! Ich habe nur eine Bitte an meine Freunde im Bauernstand: Mögen sie nie vergessen, wie sie beachtliche Erfolge erzielt haben! Einigkeit, gegenseitiges Vertrauen und unbedingte Treue zu ihren freigewählten Führern werden ihnen auch die heutigen gefährbollen Zeiten überdauern helfen. Ich glaube daran!

Der neue Direktor.

Zum Direktor des Niederösterreichischen Bauernbundes wurde der bisherige Direktorstellvertreter Ing. Leopold Fagl gewählt, der dem Ausschuss gegenüber das Ergebnis treuer Pflichterfüllung und Disziplin ablegte, seinem bisherigen Führer und Freund Bundeshauptmann Sturm dankte und erklärte, Bauernbundesdirektor sein heiße: reifliche Pflichterfüllung im Interesse des Bauernstandes und damit im Interesse der Heimat. Zum Direktorstellvertreter wurde Dr. Franz Dopplertler Bauernsohn bestellt.

Ad III: J. Hermann Reither berichtet eingehend über die wirtschaftliche u. politische Lage, wozu sich einige an-
fängliche Belästigungen, an der sich die Herren Strecker, Hagenhofer, Frischinger, Krausbacher, Geyer, Strüben, Hubert P. Wenzel beteiligen und darauf verblieben sind, J. Hermann Reither möge abwarten mit Herren & Dopplertler Rustpunkt pflegen.

M. Fagl
Schriftführer.

Extraordinaria.
Wirt Protokollanten.

V E R T R A G ,
-

abgeschlossen zwischen dem n.ö. Bauernbund, vertreten durch seinen Bundesausschuß und Herrn Josef S t u r m .

- 1.) Der n.ö. Bauernbund, vertreten durch seinen Bundesausschuß, bestellt Herrn Josef S t u r m zu seinem Direktor. Seine Pflichten werden in der Dienstordnung festgelegt.
- 2.) Der n.ö. Bauernbund gewährleistet dafür einen Mindestgehalt von 500 Schillinge pro Monat. An der damaligen Besoldung Form wird nichts geändert. Die Kündigungsfrist ist beiderseits halbjährig. Bei gegenseitigem Einvernehmen kann diese Frist gekürzt werden. Der n.ö. Bauernbund gibt dem Direktor S t u r m bei Lösung des Dienstverhältnisses, gleichgiltig von welchem Vertragsteile die Kündigung erfolgt, eine Abfertigung eines Jahresmindesteinkommens.

Wien, am 1. Mai 1925.

Direktor:

Sturm

Bundesobmann:

Stöckl

Bundeskassier:

3) Diese Liste würde epanwörteuf 29 überin,
kommen vor folgenden jungen getroffen:
Lindner, Reith, Eicher, Givast, L. Haip,
Pflüß, Schwan, Bingle, Bernreiter,
Häcker, Gammig